

## "Neutral sein - und zu Europa gehören" in Arbeiter-Zeitung (23. September 1961)

**Legende:** Am 23. September 1961 kommentiert die österreichische Arbeiter-Zeitung die Bedeutung der europäischen Integration für Österreich und betont besonders die Notwendigkeit, die Neutralität des Landes zu wahren.

**Quelle:** Arbeiter-Zeitung, 23.09.1961, Nr. 221. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Arbeiter Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"neutral\\_sein\\_und\\_zu\\_europa\\_gehoren"\\_in\\_arbeiter\\_zeitung\\_23\\_september\\_1961-de-73a5ec61-4f57-4a8f-bebc-52afbd529353.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Neutral sein – und zu Europa gehören

Die Rede des sozialistischen Abgeordneten Czernetz bei der gemeinsamen Tagung des Europäischen Parlaments (der Montanunion) und der Beratenden Versammlung des Europarates hat unter den Straßburger Delegierten mit Recht Aufsehen erregt. Der österreichische Parlamentarier hat so offen und deutlich wie keiner vor ihm das Kind beim Namen genannt.

Er hat von den EWG-Staaten jene Toleranz und Konzilianz gefordert, die allein geeignet ist, das Werk der wirtschaftlichen Einigung Europas zum Erfolg zu führen. Er hat dabei auf das Entgegenkommen, das er verlangte, einen gehörigen Vorschuß gegeben, indem er die EWG als „Siegerin“ der Auseinandersetzung zwischen den beiden Wirtschaftsgruppierungen bezeichnete, obwohl es eigentlich keinen wirklichen Kampf gegeben hatte, dessen Beendigung einen Sieger erkennen lassen könnte. Die EWG war von vornherein der mächtigere Block, das innere Feld der unaufhaltsamen europäischen Integration. Jene Staaten, die sich in der EFTA zusammenschlossen, taten dies in der erklärten Absicht, ein Verhandlungsinstrument zu schaffen, mit dem sie die wirtschaftliche Einigung des Kontinents zu annehmbaren Bedingungen anstreben wollten. Ohne Zweifel hat die EFTA diesen Zweck zumindest teilweise erfüllt; ihre Auflösung ist eine Gegenleistung, die bei den Integrationsverhandlungen durch die EWG wird respektiert werden müssen.

Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß vor allem die kleinen EFTA-Länder bis zu einem hohen Grad auf den guten Willen der EWG angewiesen sein werden. Czernetz hat nun in aller Freundlichkeit klargestellt, daß es in der Frage der europäischen Integration so etwas wie einen Anspruch auf diesen guten Willen gibt.

Fast zur gleichen Zeit hat Bundeskanzler Dr. Gorbach zur Frage der Integration eine bedeutsame Erklärung abgegeben. Er hat festgestellt, daß sich Österreich durch nichts von einer Verbindung mit dem europäischen Markt wird abhalten lassen – womit ebenso die Starrsinnigkeit gewisser EWG-Bürokraten wie die sanfte, aber merklich drohende „Anfrage“ des sowjetischen Botschafters über Österreichs Europa-Absichten gemeint sein kann. Der Bundeskanzler hat aber auch ohne Umschweife gesagt, daß ein Beitritt Österreichs als Vollmitglied der EWG mit Rücksicht auf die Neutralität des Landes nicht in Frage kommt. Der Bundeskanzler hat somit die österreichische Politik bei kommenden Verhandlungen mit der EWG klar umrissen.

Die Erklärung des Bundeskanzlers ist, das soll hier nur nebenbei festgestellt werden, auch von innenpolitischer Bedeutung. Die von den einseitig interessierten Industriekreisen ausgehaltenen Kritiker der österreichischen Außenpolitik haben den sozialistischen Regierungsmitgliedern oft genug vorgeworfen, sie hätten ganz grundlos die Frage des EWG-Beitritts mit der Neutralität in Zusammenhang gebracht und so die Russen „aufmerksam gemacht“. In Hinkunft wird man die Sozialisten nicht mehr allzu empfindlicher Neutralitätsgesinnung zeihen können, ohne den ÖVP-Bundeskanzler mitzubeschuldigen.

Ob solche Vorwürfe aber nun gegen die Sozialisten oder gegen beide Regierungsparteien erhoben werden, sie sind ebenso unbegründet wie unangebracht. Die Russen haben sicherlich nicht erst österreichische Hinweise gebraucht, um auf den Zusammenhang zwischen Integration und Neutralität aufmerksam zu werden. Wenn verantwortungsvolle Politiker auf die zu erwartenden Schwierigkeiten aufmerksam machen, dann geben sie kein Völkerrechtsgutachten ab, sondern beurteilen die reale Situation. Nicht die Frage, ob EWG-Mitgliedschaft und Neutralität juristisch vereinbar sind, ist von Belang, sondern die Frage, ob es politisch zu verantworten ist, Bindungen einzugehen, die ernsthafte außenpolitische Komplikationen hervorrufen könnten.

Wie sich herausstellt, denken sowohl Schweden wie auch die Schweiz ganz ähnlich über dieses Problem. Es wäre falsch, würde sich Österreich seiner Neutralität gegenüber in geringerem Maße verpflichtet fühlen als diese beiden Länder, die eine so reiche Erfahrung mit der Neutralität haben. Eine solche Leichtfertigkeit hieße die österreichische Neutralität als das qualifizieren, was sie in Augen der einseitigen EWG-Befürworter ist: Als eine durch den Staatsvertrag auferlegte, Österreich abgezwungene Neutralität, die man möglichst rasch loszuwerden trachten soll.

Österreich hat seine Neutralität durch einstimmigen Parlamentsbeschluß freiwillig gewählt. Die österreichische Bevölkerung bekennt sich in ihrer überwältigenden Majorität zu dieser Neutralität. Es wäre falsch, überhaupt die Fragestellung zuzulassen, ob Österreich die Neutralität oder die durch die EWG-Assoziation zu erhoffende wirtschaftliche Sicherung wichtiger ist. Österreich will beides haben und hat Anspruch auf beides. Das sollen die Anfrager aus Moskau ebenso zur Kenntnis nehmen wie die ungeduldigen Total-Integrierer in Westeuropa.

F. K.